



Reinhard Kurth

Von Clustern und Hühnern

»Einfluss hat man immer nur dort, wo man etwas von der Sache versteht, wo man der Welt bewiesen hat, dass man etwas von der Sache versteht.« Diese Textstelle von Max Frisch in seinen Tagebüchern, darin gemünzt auf Schriftsteller, kann auch als die vornehmste Voraussetzung für diejenigen gelten, die wissenschaftlich fundierte Entscheidungsvorlagen für die Politik erarbeiten.

Wissenschaftliche Politikberatung ist originäre Aufgabe der Ressortforschung. In den Einrichtungen von Bundes- und Länderministerien forschen Wissenschaftler der verschiedensten Fachgebiete, um den Ressorts Erkenntnisse für deren spezielle politische Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Kreis zählen zum Beispiel die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, der Deutsche Wetterdienst, das Friedrich-Loeffler-Institut, das Robert Koch-Institut und das Paul-Ehrlich-Institut.

Mehr als ein Dutzend Forschungsinstitute der Bundesressorts haben kürzlich eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, um sich neben Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft sowie den Hochschulen gemeinsam als Orte der Wissenschaft zu etablieren. Die Arbeitsgemeinschaft Ressortforschung hat sich die Qualitätssicherung der wissenschaftlichen Arbeit auf die Fahnen geschrieben, insbesondere die Einführung regelmäßiger externer Evaluation, die noch nicht in allen Instituten selbstverständlich ist.

Erst das Huhn und dann der Mensch

Ressortforschung ist meist angewandt und maßnahmenorientiert, also praxisbezogen – und betrifft uns alle. Ihre Ergebnisse sollen in der Regel in wissenschaftlich fundierte Entscheidungsvorlagen zur Politikberatung münden. Ein aktuelles Beispiel ist die Untersu-

chung der Vogelgrippe oder Geflügelpest, an der die für Forschung typische Vernetzung unterschiedlicher Disziplinen, Wissenschaftler und Wissensorte deutlich wird. Und es zeigt sich, dass zur Sachkompetenz der Wissenschaftler Urteilsfähigkeit, Entscheidungsfreude, Nachhaltigkeit, Neutralität und Kommunikationsfähigkeit hinzutreten müssen, damit die Politik den Ratschlägen solcher (Ressort-)Wissenschaftler folgt.

Der Erreger der Vogelgrippe ist ein hochpathogenes Influenzavirus des Subtyps H5N1. Das Virus hat sich seit Anfang des Jahres 2004 in Geflügelbeständen und Wildvogelpopulationen Asiens massiv ausgebreitet und ist inzwischen bis nach Russland und Europa gelangt. Über 100 Menschen haben sich in Asien nach engem Kontakt mit Geflügel infiziert, die Hälfte starb. Weltweit weisen Virologen seit längerem auf das Risiko hin, dass sich das Vogelvirus weiter an den Menschen anpassen und eine weltweite Grippewelle auslösen könnte, mit Millionen Todesfällen und enormen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Das Risiko einer Pandemie ist derzeit höher als in den Jahrzehnten zuvor. Es wird maßgeblich dadurch beeinflusst, wie weit ein Virus verbreitet ist, das das Potenzial für eine weitere Anpassung an den Menschen besitzt.

Sowohl Landwirtschafts- als auch Gesundheitsministerium brauchen in einer solchen Si-



tuation verlässliche Informationen und deren fachliche Interpretation, um über Vorsorge-maßnahmen und Notfallpläne entscheiden zu können. Deshalb untersuchen Virologen und Infektionsepidemiologen des Robert Koch-Instituts seit vielen Jahren humane Influenzaviren und ihre Verbreitung. Das Friedrich-Loeffler-Institut – als Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit – analysiert seit langem die bei Vögeln und Schweinen auftretenden Viren. Das Institut gehört zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Eine institutionell etablierte, enge Zusammenarbeit zwischen Politik und Ressortforschungseinrichtungen ist dabei von großem Vorteil. Man tauscht sich regelmäßig aus, man kennt sich.

Mehr als ein Dutzend Forschungsinstitute der Bundesressorts haben kürzlich eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, um sich neben Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft sowie den Hochschulen gemeinsam als Orte der Wissenschaft zu etablieren.

Nicht warten, bis die Gefahr nachgewiesen ist Dauerhaft wissenschaftliche Expertise auf international wettbewerbsfähigem Niveau vorzuhalten erfordert eigenständige, qualifizierte und ausreichend finanzierte Forschung. Schließlich müssen Probleme sehr oft zu einem Zeitpunkt bewertet werden, zu dem die Erkenntnisse noch nicht eindeutig sind. Ressortinstitute haben eine Antennenfunktion, sie müssen frühzeitig erkennen, ob Risiken zunehmen, Handlungsbedarf besteht und/oder die Politik informiert werden muss. Dies kann durch eigene Forschung geschehen, aber auch durch kontinuierliche Analyse der internationalen Fachliteratur. Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren kann nicht warten, bis die Gefahr wissenschaftlich nachgewiesen ist. Bei der Vogelgrippe etwa kann zwar kein seriöser Wissenschaftler vorhersagen, ob ein verändertes H5N1 tatsächlich die nächste Pandemie auslösen wird oder wann eine weltweite Influenzawelle kommt. Aber bei

drei Pandemien alleine im vergangenen Jahrhundert ist unstrittig, dass in absehbarer Zeit die nächste kommt, und es gibt eine Vielzahl von Hinweisen, dass H5N1 auf dem Weg der Anpassung an den Menschen weiter ist als alle anderen bekannten Vogelgrippeviren.

Neben der Antennenfunktion ist die Vorlaufforschung ein wesentlicher Aspekt der Ressortforschung. Vorlaufforschung befasst sich mit Fragen, die zunächst keinen akuten politischen Handlungs- oder Regelungsbedarf erkennen lassen. Die Fragen sollten jedoch von medizinischer oder gesundheitspolitischer Relevanz sein. Nur ein Beispiel dafür sind die Transmissiblen Spongiformen Enzephalopathien (TSE), mit denen sich verschiedene Bundesinstitute lange vor den ersten deutschen BSE-Fällen beschäftigten.

Forschung erhöht die Entscheidungsfreude Der Ort des Wissens muss also auch ein Ort des Forschens sein. Ein Nebeneffekt: Die Wettbewerbsfähigkeit prägt die Arbeitsatmosphäre der Ressorteinrichtungen, die ja auch hoheitliche Aufgaben haben – Aufgaben, die von anderen wissenschaftlichen Instituten nicht übernommen werden, wie Prüfung, Regelsetzung, Normierung oder Zulassung. Forschung erhöht die Entscheidungsfreude und wirkt gegen Bürokratisierungstendenzen.

Auch die Geschichte prägt einen Ort. Zum Beispiel das Robert Koch-Institut, das bei Gesundheitsrisiken des Menschen als Deutschlands Bundesinstitut für Infektionsschutz und Gesundheitsberichterstattung häufig im Mittelpunkt gesundheitsbezogener Diskussionen steht. Die Berliner Anschrift Nordufer 20 hat eine lange Tradition in Forschung und Politikberatung. Dort eröffnete der preußische Staat im Jahre 1900 den neuen Standort für das 1891 gegründete und vom späteren Nobelpreisträger Robert Koch geleitete Königlich Preussische Institut für Infektionskrankheiten. Damit ist das Institut mit der markanten roten Backsteinfassade eine der ältesten Einrichtungen dieser Art weltweit und sicher eine der ältesten Ressortforschungseinrichtungen in



Deutschland. Robert Koch hatte (noch als Landarzt, der in der häuslichen Praxis forschte) bei Milzbrand als Erster den Zusammenhang eines Mikroorganismus als spezifische Ursache einer definierten Infektionskrankheit nachgewiesen und gehört neben Louis Pasteur zu den Begründern der Bakteriologie. Im Jahr 1880 wechselte er nach Berlin an das Kaiserliche Gesundheitsamt. Dort entdeckte er 1882 den Tuberkelbazillus, kurz darauf das Cholera-Bakterium, zwei Erreger, die in dieser Zeit immense medizinische und gesundheitspolitische Probleme verursachten. Nach seinem Tod 1910 wurde Robert Koch im Institut begraben, eine weltweite Rarität. Neben dem Mausoleum sind in einem kleinen Museum Exponate seiner Arbeit ausgestellt.

Ein zentraler Standort, wie ihn das Robert Koch-Institut innehat, ist angesichts der vernetzten Forschungs- und Wissenswelt und der Nähe zu den Orten der Politik gerade für Ressortforscher von großem Vorteil. Auch wenn inzwischen vieles über elektronische oder postalische Kommunikationswege ausgetauscht wird, ist die persönliche Begegnung doch häufig unverzichtbar.

Langfristigkeit als unentbehrliche Grundlage

Eine besondere Stärke der Ressortforschung liegt auch darin, langfristige Themen bearbeiten zu können. Entsprechende Projekte sind eine unentbehrliche Grundlage für Maßnahmen, Verordnungen oder Gesetze. Außerdem bilden sie den Ausgangspunkt für vertiefende Studien, die die Einrichtungen selbst mit Dritten vornehmen können oder von Dritten machen lassen können. Die über mehrere Jahre laufende, umfassende Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, die das Robert Koch-Institut derzeit durchführt, ist ein solches Projekt. Die schon lange benötigten Daten sollen auch Grundlage für Handlungsempfehlungen für Präventionsmaßnahmen liefern.

Das Friedrich-Loeffler-Institut wurde von seinem Namensgeber Friedrich Loeffler, einem Schüler Robert Kochs, 1910 auf der Insel Riems bei Greifswald als weltweit erste viro-

logische Forschungsstätte gegründet. Loeffler hatte im Jahre 1898 den Erreger der Maul- und Klauenseuche (MKS) als filtrierbares, aber korpuläres, vermehrungsfähiges Agens entdeckt. Mit dieser Entdeckung – die zurückgeht auf einen Auftrag durch das preußische Kultusministerium – gilt er als einer der Begründer der Virologie.

Jahre bevor das aviäre Influenzavirus H5N1 seinen Siegeszug durch Asien antrat, hatte das Robert Koch-Institut eine Arbeitsgruppe Pandemieplanung mit Experten von Bund, Ländern und Wissenschaft initiiert, quasi einen virtuellen Ort des Wissens, der sich nur bei den gelegentlichen persönlichen Treffen in einem realen Ort abbildet. Die Experten diskutierten eine ganze Reihe von Vorbereitungen auf eine Pandemie, etwa wie im Fall der Fälle so schnell wie möglich Impfstoff für die gesamte Bevölkerung hergestellt werden kann oder ob die Bevorratung antiviraler Medikamente sinnvoll ist.

Anfang 2005 konnte das Robert Koch-Institut die Empfehlungen, die von Bund und Ländern getragen werden, veröffentlichen. Einige Monate später folgte ein Aktionsplan, in dem die einzelnen Schritte festgelegt sind. Im Sommer 2005 entschieden die Bundesländer, für insgesamt 100 Millionen Euro antivirale Medikamente zu bevorraten, ein erster wichtiger Schritt. Die Bundesregierung fördert die Entwicklung eines Impfstoff-Prototyps mit insgesamt 20 Millionen Euro. Das Paul-Ehrlich-Institut, ebenfalls eine Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, erwartet, dass noch im Jahr 2005 eine Zulassung für einen Prototyp-Impfstoff beantragt wird.

Ressortforschungseinrichtungen sind Orte des Wissens im Spannungsfeld zwischen Politik und Wissenschaft. Eine Einrichtung, die engen Kontakt mit ihrem Ressort hat und möglicherweise auch Amtsaufgaben auf diesem Gebiet erfüllt, kann realistische Empfehlungen abgeben, ohne wissenschaftliche Daten und Fakten zu verleugnen. Aber trotzdem sind Entscheidungen in Zeiten knapper Kassen



umso schwieriger, je mehr sie kosten. Dann gilt es etwa in einem Bundestagsausschuss, die Volksvertreter von der Notwendigkeit einer Entscheidung zu überzeugen. In einer solchen Situation kann auch der persönliche Kontakt zur Leitung eines Ministeriums wichtig sein, oder auch zu meinungsbildenden Ministerpräsidenten, wenn die Umsetzung, wie die Bevorratung der antiviralen Medikamente, Ländersache ist.

Gefahr, instrumentalisiert zu werden

Das Wissen um politische Zusammenhänge und Entscheidungsstrukturen ist unverzichtbar. Aber dort, wo Wissenschaftler politische begründete Positionen beziehen, die fachlich nicht untermauert sind, verlieren sie ihre Rolle als neutrale Instanz. Sie laufen Gefahr, instrumentalisiert zu werden. Erkenntnisse aus der Wissenschaft dürfen nicht subjektiv ausgewählt oder gar bewusst falsch interpretiert werden, um politische Entscheidungen zu begründen oder zu versuchen, ideologische Interpretationen zu untermauern.

Im Einzelfall besteht die Gefahr, dass die Politik Ratschläge anstrebt, die eindeutig erkennen lassen, dass mit ihnen eigentlich notwendiger Handlungsbedarf relativiert oder unterdrückt werden soll. Das ist vor allem vor dem Hintergrund zu geringer finanzieller Ressourcen zu beobachten, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse interpretatorisch verfälscht für die politische Entscheidungsfindung eingesetzt werden. Dann muss ein Wissenschaftler Gegenworte parat haben. Schwierig kann die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik insbesondere in solchen Fragen sein, bei denen religiöse Gefühle oder ideologisch bedingte Erwartungen eine dominierende Rolle spielen. Politik kann dann auch anfällig werden für pseudowissenschaftliche Aussagen ideologisch orientierter Wissenschaftler oder Non Governmental Organizations. Dafür ist die grüne Gentechnik, bei der in den vergangenen Jahren manche politische Entscheidung nicht mehr durch die vorherrschende wissenschaftliche Meinung getragen wurde, ein Exempel.

Kommunikation ist wichtig

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben beraten Ressortforschungseinrichtungen primär Politik und Fachöffentlichkeit und geben der Presse Auskunft. Es sollte zu ihrem Selbstverständnis gehören, im Rahmen der Möglichkeiten über relevante (Gesundheits-)Risiken auch die breite Öffentlichkeit zu informieren oder auf Informationsmöglichkeiten hinzuweisen. Möglichst viele sollen sich ein eigenes Urteil bilden können, um in einer bedrohlichen oder als bedrohlich empfundenen Situation angemessen reagieren oder die eigene (gesundheitliche) Situation verbessern zu können.

Leiter von Ressortforschungseinrichtungen müssen nicht selten sehr sorgfältig abwägen, was sie bei oft unzureichender Erkenntnislage sagen können und sollen, ihre Aussagen haben offiziellen Charakter. Wissenschaftler aus Academia sind diesbezüglich ungebundener, deshalb manchmal ›mutiger‹, was zuweilen aber auch interessengeleitet oder gar unsinnig sein kann. In jedem Fall aber müssen Wissenschaftler, damit sie auch sehr komplizierte wissenschaftliche Zusammenhänge für Politik und Öffentlichkeit verständlich und überzeugend vermitteln können, nicht nur viel von der Sache verstehen, sondern auch von Kommunikation.

